66. Jahrgang Nr. 149

Heidelberger Zeitung
(Gegründet 1858)
und
Handelsblatt

Freitag, den 1. Juni 1923

Die „Badische Post“ erscheint wöchentl. siebenmal. Beilagen: Didaskalia (Sonnt.) — Unterhaltungsblatt (Montags) — Literaturblatt — Hochschulbeilage (monatlich). Unverlangte Beiträge ohne Verantwortung. Rücksendung nur, wenn Porto beiliegt.

Hauptgeschäftsstelle u. Schriftleitg. der „Badischen Post“ Heidelberg, Hauptstr. 23, Fernspr. Nr. 182. Berliner Vertretung: Berlin SW 48, Zimmerstraße 9, Fernspr. Zentr. 415. Münchner Vertretung: München, Georgenstr. 107, Fernspr. 31667.

Badische Post

Postscheck-Konto: Frankfurt a. M. 91419 Postscheck-Konto: Frankfurt a. M. 91419

Juni-Bezugspreis der „Bad. Post“ Mk. 5600.— (ausschl. Zustellgebühr). Selbstabhol. Mk. 5500.—. Ausland Mk. 12000.— Abbestell. werd. nur bis zum 2. jed. Mts. angenommen. Am 1. u. 2. noch gelief. Zeitungen sind nach d. Einzelverkaufspreis zu bezahlen. Preis d. Einzelnummer Mk. 200.—. Ist die Zeitung am Erscheinen verhindert, besteht kein Anspruch auf Entschädigung

Anzeigenpreise: die 44 mm breite Nonpareillezeile kostet: lokale Stellengesuche Mk. 100.—, kl. Gelegenheitsanzeigen Mk. 125.— Familienanzeigen Mk. 100.—, Geschäftsanzeigen Mk. 200.—, Finanz- und Industrieanzeigen Mk. 300.—, mit Platzvorschrift und Montags Mk. 25.— mehr. Die 98 mm breite Reklamezeile kostet Mk. 750.—, Anzeigen und Reklamen von auswärts 25% höher

Fort mit der Pfänderpolitik!

Bemerkenswerte Ausführungen der „Times“ über die Ruhrpolitik.

Von unserem A.-Korrespondenten.

London, 31. Mai.

In einem bemerkenswerten Leitartikel betont heute die „Times“ mit großem Nachdruck die Notwendigkeit, daß die neue Regierung die Initiative ergreife, um die Reparationsfrage einem Abschlusse näher zu bringen. Gewiß habe Deutschland seine Finanzen schlecht verwaltet, wie soeben erst wiederum aus den Beratungen der Kommission für die Untersuchung der Stützungsaktion hervorgegangen sei. Es sei schwer, die Motive sowohl für die Aktion selbst, wie auch für die darauf folgende Untersuchung zu erkennen. Auf der anderen Seite habe sich aber auch endgültig erwiesen, daß die Desorganisierung der deutschen Industrie durch die Besetzung des Ruhrgebiets die wirtschaftlichen Interessen Englands verletze. Selbst wenn Deutschland seinen Widerstand aufgeben würde, würde Frankreich erst noch beweisen müssen, ob es durch die Besetzung irgendwelche Vorteile erlange, die es auf einem anderen Wege nicht erreichen könne. In diesem Zusammenhange kommt dann die „Times“ auf den englischen Plan zurück, die Entscheidung der ganzen Frage einem Weltgericht zu überweisen. Wohlinformierte englische Kreise stünden diesem Plan durchaus freundlich gegenüber, da sich die Regierungen als unfähig erwiesen haben, die wirtschaftlichen Fragen zu lösen. Deutschland sollte daher in seiner neuen Note noch einmal mit klaren Worten und ohne jede Einschränkung das Angebot wiederholen, die Entscheidung der Frage einem Komitee von internationalen Sachverständigen zu übertragen. Um den guten Glauben an dieses Angebot zu beweisen, müsse Deutschland dieser Kommission auch das Recht einräumen, die deutschen finanziellen Verhältnisse und die Lage der deutschen Industrie nach jeder Richtung hin untersuchen und prüfen zu können. Die Festsetzung der deutschen Schuldsumme müsse gestützt werden durch die Zahlungsfähigkeit des Schuldners und nicht durch die Bedürfnisse des Gläubigers. Die Verschlechterung der deutschen wirtschaftlichen Lage sei in den letzten Monaten so stark geworden, daß ein Moratorium, wenn nicht der Form, so doch der Sache nach gewährt werden müsse. Es sei allerdings leicht möglich, daß die Regelung durch eine internationale Kommission die französischen Erwartungen enttäusche, aber es sei zu fürchten, daß es vor dieser französischen Enttäuschung keine Rettung gibt. Der Gedanke von Pfändern und produktiven Garantien müsse endlich einmal, wenn auch noch so widerstrebend, aufgegeben werden; die Ueberwachung der deutschen Finanzen scheine die beste Garantie für die Gläubiger Deutschlands zu bilden. Zum Schlusse gibt die „Times“ der Ansicht Ausdruck, daß Frankreich die Kosten für den Wiederaufbau, die es selbst auf 1300 Millionen englische Pfund einschätzt, wahrscheinlich um mehr als das Doppelte überschätzt, denn ein großer Prozentsatz in der französischen Berechnung stelle Unternehmergewinne dar und keine Aufbaukosten. Die englische Politik müsse darauf eingestellt werden, die ganze Frage möglichst schnell einem Abschlusse näher zu bringen, dabei dürfe aber keine weitere Zeit verloren werden.

Die englischen Absichten, die hinter diesem bemerkenswerten „Times“-Artikel stehen, scheinen vorläufig noch nicht ganz klar. Insbesondere ist auch das plötzliche Zurückgreifen auf den Plan einer internationalen Kommission zur Entscheidung der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit ziemlich überraschend.

In einer Information des „Daily Telegraph“ wird betont, daß die deutschen Wirtschaftskreise ihren Anteil an den Verpflichtungen des Staats in eine solche Form bringen müssen, daß sie dem Marktverkehr zugänglich gemacht werden könnten. In alliierten Kreisen bestehe Uebereinstimmung darüber, daß die deutsche Schuld bis zur äußersten Grenze handelsfähig gemacht werden müsse, denn dies sei auch der wichtigste Gedanke des belgischen Monopolplanes, da besonders das Tabakmonopol in Amerika großes Interesse erregen würde. Die deutschen Finanzleute, die dieser Tage mit englischen parlamentarischen Kreisen Fühlung genommen haben, seien nur Persönlichkeiten zweiten Ranges gewesen, die wichtigsten Mitteilungen seien vielmehr durch einen früheren deutschen Staatssekretär (womit nur Bergmann gemeint sein kann), nach London gelangt.

*

Des „Evening Standard“ zufolge werden die drei Delegierten des Verbandes der britischen Handelskammern auf dem geplanten internationalen Handelskammerkongreß in London folgende Vorschläge unterbreiten: Gewährung eines Moratoriums für Deutschland für eine verabredete Zahl von Jahren; Festsetzung der Reparationssumme, die Deutschland innerhalb einer angemessenen Zahl von Jahren ohne Schaden für den Handel der alliierten Nationen zahlen kann; eine Form internationaler Anleihen für Deutschland und Sicherheit für Zinsen und Amortisationen. Mit Bezug auf den letzteren Punkt werde vorgeschlagen werden, daß die Abgabe in Gold auf die Ein- und Ausfuhr gelegt werden könne. Dazu müßten die Alliierten eine internationale Kontrolle der deutschen See- und sonstigen Zölle vereinbaren.

Baldwins Russenpolitik.

A. **London,** 31. Mai. (Eig. Drahtm.) In der gestrigen Sitzung des Unterhauses teilte Baldwin auf Anfrage über seine Russenpolitik mit, daß die neue Regierung entsprechend den von dem früheren Kabinett abgegebenen Erklärungen die Sowjetregierung so lange nicht anerkennen werde, bis Rußland den geschädigten britischen Staatsangehörigen volle Entschädigung gezahlt und alle berechtigten Forderungen in ehrenhafter Weise erfüllt habe. Die offiziösen Blätter versichern weiterhin, daß die letzte russische Note hinsichtlich der Propagandafrage von der Regierung als vollständig ungenügend betrachtet werde und daß, wenn Moskau die englische Forderung in diesem Punkt nicht erfülle, der Abbruch der Handelsbeziehungen unvermeidlich sei.

Der Essener Milliardenraub.

Eine Darstellung des Vizepräsidenten Glasenapp.

Eigene Drahtmeldung.

Berlin, 31. Mai.

Vizepräsident Glasenapp nahm heute Gelegenheit, den Vertretern der Presse eine eingehende Darstellung des Essener Milliardenraubes zu geben. Am 26. Mai morgens 8¼ Uhr wurde die Kasse wie gewöhnlich geöffnet, eine Viertelstunde später kamen plötzlich zwei Zivilpersonen, allem Anscheine nach verkleidete französische Gendarmen, die in der Nähe gestanden hatten, an den Eingang der Bank heran und stürzten sich auf den Beamten, der dort als Posten aufgestellt war. Die Zivilisten hielten den Beamten fest und verhafteten ihn, gleichzeitig drangen im Innern der Bank fünf Personen aus dem Publikum, die allem Anscheine nach gleichfalls verkleidete Franzosen waren, über den Kassentisch vor und stürmten an den Eingang des Tresors. Die Beamten wurden von den Leuten durch Vorhalten von Revolvern in Schach gehalten, die Vorstandsbeamten wurden durch 30 inzwischen in die Bank eingedrungene französische Soldaten und Gendarmen verhaftet. Darauf bemächtigten sich die Franzosen des größten Teils der vorhandenen Zahlungsmittel, insgesamt rund 92 Milliarden und 200 000 Mark. Durch diesen Raub ist die Löhnung der Arbeiterschaft auf das äußerste gefährdet, wenn sie nicht ganz unmöglich gemacht worden ist. Die Bemühungen, bei General Degoutte das geraubte Geld wieder zurückzuerhalten, sind vollkommen erfolglos geblieben, der französische General ließ sich zunächst überhaupt nicht sprechen und ließ später sogar erklären, er könne auch für die Zukunft keine Zusicherungen geben, daß die Reichsbank unbehelligt bleiben werde. Wie sorgfältig übrigens der Ueberfall auf die Reichsbank vorbereitet war, geht unter anderem daraus hervor, daß die Franzosen bei ihrem Einbruch in die Bank gleich zwei Zivilisten mitgebracht hatten, die sie als ihre Spezialisten in Einbrüchen bezeichneten und die auch wirklich mit dem gewaltsamen Oeffnen der Schlösser der Tresors sehr schnell fertig wurden. — Im Zusammenhang damit mag auch auf die übrigen Ueberfälle der Franzosen auf die Reichsbankstellen im besetzten Gebiet und im Einbruchsgebiet hingewiesen werden, bei denen insgesamt 127 386 Millionen Mark von ihnen erbeutet wurden. Am frechsten gingen die Franzosen in Koblenz vor, wo sie am 17. April nach Aufbrechen eines Tresors nach ihren eigenen Angaben sechs Milliarden Mark raubten.

Zum Schlusse kam Vizepräsident Glasenapp noch auf die bekannten Banknotenfälschungen durch die Franzosen zu sprechen, diese Fälschungen machen jeglichen internationalen Banknotenverkehr einfach unmöglich.

Aus dem Einbruchsgebiet.

Verkehrsbehinderungen, Plünderungen und Ausweisungen.

Ludwigshafen, 31. Mai.

Von Mittwoch abend 8 Uhr an ist jeder Verkehr bis einschließlich 7. Juni abends 8 Uhr über die Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen und die Altriper Fähre gesperrt. Außerdem wird im Bezirk Ludwigshafen bis auf weiteres jeder Verkehr mit Kraftwagen oder Rädern aller Art vollkommen untersagt. Für die Ortschaften Mutterstadt und Rheingönnheim ist ein Nachtverkehrsverbot von abends 8 Uhr bis morgens 5 Uhr angeordnet worden. Diese außerordentlich schweren Eingriffe der französischen Behörden in das Verkehrsleben werden auf angebliche Sabotageakte zurückgeführt, die in den letzten Tagen gegen die Eisenbahnen in der Pfalz verübt worden sein sollen.

Nach einer Meldung aus Duisburg haben die Franzosen die von ihnen besetzten Werke der Rheinstahl A.-G. wieder geräumt, nachdem sie alles Transportable weggeführt haben. Nach einer Berechnung der Direktion der Werke ist durch Plünderung und Zerstörung ein Schaden von 40 Milliarden Mark entstanden.

Donnerstag früh sind 14 leitende Persönlichkeiten der Höchster Farbwerke, Direktoren und Prokuristen, von den Franzosen ausgewiesen worden. Infolge dieser Maßnahme sind die Werke in eine sehr schwierige Lage geraten, und die Fortführung des Betriebes ist in Frage gestellt.

Bis 31. Mai sind aus Trier und Umgebung 975 Ausgewiesene zu verzeichnen. Sie verteilen sich auf Trier mit 380, Ehrang 216, Karthaus 91, Conz 65, Gerolstein 36, Cochem 19, Bullay 19 und die kleineren Orte 146. Die Gesamtzahl der Ausgewiesenen beträgt mit Familien insgesamt 1731 Köpfe. — In Wasserliesch wurden 13 Eisenbahner von der Straße und vom Feld weg verhaftet und mit vorgehaltenem Revolver ohne weiteres aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen. Sie kamen teilweise in Arbeitsbluse und ohne Kragen im unbesetzten Gebiet an.

Der jetzt erschienene erste Band der Sammlung amtlicher Unterlagen über die von den französisch-belgischen Truppen gegen die Bevölkerung des Ruhrgebietes begangenen Gewaltakte enthält neben schweren Fällen von Mißhandlung oder versuchter Vergewaltigung die eidlichen Aussagen über die grundlose Niederschießung von sechs Personen.

Die Besetzung von Oppau.

Ludwigshafen, 31. Mai. Die letzten französischen Truppen sind gestern vormittag von dem Werk Ludwigshafen der Badischen Anilin- und Sodafabrik abgezogen und nach dem Oppauer Werk abmarschiert. Bis die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen werden kann, können Tage und Wochen vergehen. Die meisten Arbeiter haben ihren vertraglichen Urlaub angetreten und die Angestellten befinden sich ebenfalls bis auf Abruf in den Ferien.

Gedanken zum Skagerraktag.

Von Vizeadmiral a. D. **Hollweg,** Bremen.

In den Marinegarnisonen wurde in diesem Jahre die siebente Wiederkehr des Skagerraktages in besonderer Weise begangen. In Wilhelmshaven ist am 31. Mai auf dem Friedhofe ein Denkmal für die gefallenen Skagerrakkämpfer enthüllt worden, und in Flensburg-Mürwik werden sich Anfang Juni zahlreiche Marineangehörige zusammenfinden, um der Enthüllung der Ehrentafeln in der Marineschule beizuwohnen, die die Namen der im Weltkriege gefallenen Marinekämpfer der Nachwelt erhalten sollen.

Es ist zwecklos, heute wieder den Einzelheiten des deutschen Flottenerfolges vom 31. Mai 1916 nachzugehen. Den Interessierten sind die Ereignisse bekannt und der großen Zahl der international-pazifistisch Orientierten in unserem Volke sind sie mindestens gleichgültig. Breite Massen haben, obwohl wir buchstäblich unter der Peitsche unserer Feinde keuchen; das internationale „Freiheitsfest“ des 1. Mai mit Inbrunst gefeiert und mit dem Schandurteil von Werden nahezu gleichzeitig wurden die freiheitlichen Erinnerungen an die Paulskirche mit Emphase aufgefrischt, Erinnerungen an zweifelsohne schöne Worte, die aber doch letzten Endes ohne Taten geblieben waren und ausklangen in den Hammerschlägen, mit denen Hannibal Fischer die deutsche Flotte von 1848 versteigerte. Angesichts dieser Tatsachen, die die Realität der Weltgeschehnisse ideologisch nicht sehen wollen, ist es begreiflich, daß heute viele abseits stehen, wenn es gilt, den gefallenen Helden des Weltkrieges ehrende Erinnerungsfeiern zu bereiten.

Eingemeißelt in den Tafeln der Geschichte steht aber trotzdem, daß sich am 31. Mai 1916 die deutsche Schlachtflotte der um das Doppelte überlegenen englischen gegenüber siegreich behauptete. Keine englische Geschichtsklitterung wird es fortlügen. Sehr weitreichende Wirkungen blieben diesem Erfolge versagt, da Politik und Heeresleitung dem energischen Vorschlage des siegreichen deutschen Flottenchefs, nunmehr auch den uneingeschränkten U-Krieg anzusetzen und so durch den Hunger auf der englischen Insel die Hungerblockade zu sprengen, die Zustimmung versagten. Admiral Sims hat kürzlich ausgesprochen, daß bei Befolgung des Ratschlages den Deutschen der Sieg sicher gewesen wäre. So blieb als zunächst greifbares Resultat des Skagerrakerfolges das Heraushalten der von England schwer drangsalierten nordischen Neutralen aus dem Kriege und der Fortbestand der kriegswichtigen deutschen Seeherrschaft in der Ostsee. Damit blieb das an Kriegsmaterial arme Rußland auch weiter von den Hilfsquellen der westlichen Alliierten getrennt und sein Zusammenbruch von 1917 bereitete sich vor.

Es ist eine Eigenart der zur See geschlagenen Vernichtungs- und Entscheidungsschlachten — oder aber des Unterlassens der Herbeiführung solcher Entscheidungen durch die Seemacht —, daß sie sehr große räumliche und zeitliche Fernwirkungen haben. Salamis rettete den Hellenismus vor der Persergefahr, bei Actium schuf sich — nach Spengler — die greisenhafte römische Kultur der aufstrebenden arabischen gegenüber noch einmal eine Lebensfrist, Trafalgar nötigte Napoleon dazu, die Front nach dem Kontinent zu nehmen. Es führte ihn nach Ulm, Austerlitz und Jena, aber auch nach Moskau, Leipzig, Waterloo und St. Helena.

Auch der Skagerraktag hat große Fernwirkungen gezeitigt. In jener Sekunde, als der Admiral Jelicoe an der Rahe seines Flaggschiffes „Iron-Duke“ das von seinem Unterführer Beatty so sehr bedauerte Signal zum Abwenden seiner ganzen Linie vor dem Vorstoß der deutschen Kreuzer und Torpedoboote hochgehen ließ, gab er, der als ein zweiter Nelson Gepriesene, die Möglichkeit aus der Hand, aus seiner taktischen Vorzugslage heraus und mit Hilfe seiner gewaltigen Ueberlegenheit der deutschen Flotte ein kriegsentscheidendes Trafalgar oder Tschuschima zu bereiten. Damit beeinflußte er aber — wahrscheinlich für immer — die Seemachtsposition Englands in der Welt. Es bleibt offen, ob er bei anderem Entschlusse sein Ziel erreicht hätte oder nicht. Daß aber eine verlockende „Möglichkeit“ zu einem „knock out blow“ bestand, ist unbestreitbar. Mit einem solchen Erfolge in der Hand wären für England die Zeiten von 1815 wiedergekommen. Eine „pax britannica“ hätte den Krieg abgeschlossen.

Der ängstliche englische Notschrei nach amerikanischer Hilfe Frühjahr 1918, der von den Amerikanern überaus hoch eingeschätzte Anteil an der Beseitigung des deutschen U-Bootschreckens — alle amerikanischen Fachzeitschriften sind voll von selbstgefälligen Schilderungen hierüber — machten erst die Forderung nach der amerikanischen Flotte „second to none“ in Washington 1921 möglich. Daß die Amerikaner es mit dieser Forderung blutig ernst nehmen, kann jeder ersehen, der die amerikanische Presse verfolgt hat, als im englischen Unterhause die Ausgestaltung Singapores zu einem Gibraltar des Fernen Ostens erörtert wurde und hierbei auch das unvorsichtige Wort von der englischen Berechtigung zu einem „Command of the seas“ fiel.

Auch im Nahen Osten wirkt sich heute die Bedeutung des Verlaufes des Skagerraktages aus. Frankreich in Syrien, dem Brückenkopfe des einen Landweges nach Mesopotamien und Indien, das Eindringen der Amerikaner durch die Chesterkonzession in die Gebiete, die zu sichern eines der wichtigsten englischen Ziele im Weltkriege war, wäre angesichts einer Stellung der englischen Seemacht, wie nach den napoleonischen Kriegen, undenkbar gewesen. Die englische Impotenz in Rhein- und Ruhrfragen sind nur Nebenerscheinungen in diesem Gesamtbilde, das ein Ergebnis der Tatsache ist, daß der englische Löwe beim Skagerrak den entscheidenden Sprung nicht wagte und Englands Flotte mit Riesenverlusten in die Häfen zurückfuhr.

Lord Curzon darf uns heute im Tone des gekränkten Schulmeisters abkanzeln, aber anderen gegenüber hat er gebührende Rücksichten zu nehmen.

Noch eine Gedankenreihe sei skizzenhaft hier angeschlossen. Die Tragödie „Seeschlacht“ von Reinhard Goering sollte, Presse-